

Rechtfertigung oder Überwindung der Kultur der Gewalt?

Warum die Kritik an der Friedenspädagogik zurückgewiesen werden muss

Werner Wintersteiner

1. Im Sog der Einseitigkeiten?

Seit Beginn des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine ist gerade in den vom Krieg nicht direkt betroffenen Ländern das eingetreten, was der deutsche Bundeskanzler als *Zeitenwende* bezeichnet hat. Der Krieg um Gaza hat diese Tendenz noch verstärkt. Dabei muss man sich vor Augen halten, dass die *Zeitenwende* kein Faktum, sondern eine Proklamation ist. Es ist, auf den eigentlichen Nenner gebracht, die Absicht, Deutschland „kriegstüchtig“ zu machen, wie es Außenminister Pistorius ausdrückt (ZEIT online, 29. 10. 2023). Da möchte Österreich nicht zurückstehen und so proklamiert das Verteidigungsministerium ebenfalls das Ziel, „das Bundesheer wieder kriegsfähig zu machen“ (Der Standard, 30. 1. 2024, 2) Wir erleben also eine starke gesellschaftliche Strömung der Abkehr nicht nur vom Pazifismus – der wohl auch vor 2022 nicht mehrheitsfähig war – sondern von jeder Friedenspolitik. Stattdessen geht es um Aufrüstung und vor allem um einen „Mentalitätswechsel“ (wieder Pistorius) in Richtung Militarismus und „Wehrhaftigkeit“ (noch immer Pistorius). Dass diese Bemühungen (in Deutschland) gerade von Vertreter*innen der Grünen und Sozialdemokratie ausgehen, die eher mit Pazifismus konnotiert werden, zeigt die Breite dieser Tendenz, ebenso wie die fast einheitliche mediale Unterstützung der *Zeitenwende*. Doch diese ist kein speziell deutsches Phänomen, sie findet sich genauso in Frankreich (vgl. Bréville/Rimbert 2023), aber auch in Italien (Lucivero/Perrona 2023) oder in Ostmitteleuropa und bemerkenswerter Weise auch in neutralen Staaten wie der Schweiz oder eben auch Österreich. Alle geraten, mit den Worten der Wiener Philosophin Isolde Charim, in den „Sog der Einseitigkeiten“ (Falter 49/2023, S. 9).

Das ist eine demokratie- und friedenspolitisch sehr bedenkliche Entwicklung. Sie führt zu dem traurig-ironischen Paradox, dass gerade in Kriegszeiten, wo die Suche nach Friedenslösungen immer dringender wird, ebendiese Bemühungen diffamiert und behindert werden. „Pazifismus“ und „Friedensverhandlungen“ sind zu Unwörtern geworden. Und wer sich öffentlich mit einer abweichenden Meinung, etwa zum Gaza-Krieg, äußert, wie der Direktor des Schweizer Friedensforschungsinstituts Swisspeace, Laurent Goetschel, dem werden sofort Fördergelder für die Forschung gestrichen.¹ Inzwischen greift der Trend zur „Wehrhaftigkeit“ auf immer weitere gesellschaftliche Bereiche über. An Universitäten und Kultureinrichtungen werden, besonders seit dem Beginn des Gaza-Krieges, Konferenzen abgesagt, Referent*innen ausgeladen, Preise ausgesetzt und Ausstellungen verschoben – eine Entwicklung die Naomi Klein einen „extreme[n] McCarthyismus“ nennt (Klein 2024).

Und nun wird die *Zeitenwende* auch in der Bildung, und speziell im Bereich der Friedenspädagogik, durchdekliniert. Bemerkenswerter Weise geht diese Initiative von keiner politischen Instanz aus, sondern ist das Werk der pädagogischen Wissenschaften selbst. Es ist, kurz zusammengefasst, das Bemühen, in der Friedenspädagogik die Ethik des Friedens durch

¹ Christine Neuhaus: Mund auf, Geld weg: Nach einer Hamas-Aussage des Direktors verweigert Baselland der Friedensstiftung Swisspeace die Unterstützung. Neue Zürcher Zeitung, 22.12.2023 (<https://www.nzz.ch/schweiz/mund-auf-geld-weg-nach-einer-hamas-aussage-des-direktors-verweigert-baselland-der-friedensstiftung-swisspeace-die-unterstuetzung-ld.1771870>)

eine Ethik des gerechten Krieges zu ersetzen. Das ist nicht ganz neu, schon Ende 2022 hat Georg Schuster anhand einer ARD-Fernsehsendung, einer SWR-Radioreportage sowie einer Kindervorlesung an der Universität Frankfurt gezeigt, wie eine vorgebliche Friedenserziehung die Frage von Krieg und Frieden entpolitisiert und zugleich die Führung eines Verteidigungskrieges als alternativlos „kindergerecht“ rechtfertigt (Schuster 2022). Neu aber ist, dass nun anerkannte Experten der Politischen Bildung diese „Neuausrichtung“ der Friedenspädagogik theoretisch begründen und praktisch einfordern. Es handelt sich sozusagen um eine „vorausseilende Unduldsamkeit“ gegenüber abweichenden Meinungen, wie sie in sind zwei Aufsätzen von Wolfgang Sanders bzw. Hermann Josef Abs an den Tag gelegt wird.

2. „Friedenspolitischen Bildung“ statt „Friedenserziehung“?

Der Text von Wolfgang Sander ist in einer Broschüre mit dem Titel *Wi(e)der den Krieg*, herausgegeben vom Forum Politische Bildung in Wien, erschienen. Es ist meines Wissens die erste pädagogische Handreichung zum Krieg Russland-Ukraine im deutschen Sprachraum überhaupt, und das ist sicher ein Verdienst.

In seinem Aufsatz *(Nie) wieder Krieg? Fragen an die Politische Bildung* stellt Wolfgang Sander (2023) einleitend fest, dass bislang in der westlichen Welt ein „breiter Konsens über die Ächtung des Krieges als Mittel der Politik“ geherrscht habe, der durch den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine aber grundsätzlich erschüttert worden sei. Schon länger und erst recht seit diesem Krieg müssten „deshalb ältere pädagogische Konzepte, die die Stiftung und Sicherung von Frieden in der Welt in erster Linie von unterschiedlichen Ansätzen der *Friedenserziehung* erhofften, als überholt betrachtet werden.“ (Sander 2023, 18) Die Bestrebungen, Kriege „durch präventive Erziehung zum Frieden verhindern zu wollen“, habe sich als illusionär erwiesen, und zwar aus drei Gründen:

- weil sie den Stellenwert der Aggressions- und Gewaltbereitschaft Einzelner für kriegerisches Handeln von Kollektiven und Staaten überschätzten
- weil sie eine problematische Parallelität zwischen (durch Erziehung beeinflussbarem) friedlichem Verhalten im sozialen Nahraum und dem Verhalten von großen Gruppen und Verbänden unterstellten
- weil sie den Stellenwert von politischen Interessen (unter Einschluss von ökonomischen Interessen und geopolitischen Bedingungen) auf die Entstehung von Kriegen unterschätzten.

Es sei daher an der Zeit, „von der Friedenserziehung zur friedenspolitischen Bildung“ (ebda, 18) überzugehen. Bei dieser Verabschiedung der Friedenserziehung beruft sich Sander ausgerechnet auf einen ihrer Gründer, Hartmut von Hentig: „Das Friedensschließen ist eine Technik, keine Gesinnung“. (Ebda, 19) Friedenspolitische Bildung sieht Sander daher als „eine Technik im Sinne reflektierten Urteilens und Handelns im Bereich der Politik“. (Ebda)

Damit kommt er zum Kern seines Anliegens, zur Kritik dessen, was er „normativen Institutionalismus“ nennt – eine Denkrichtung, die in internationale Beziehungen auf *soft power* setze, also auf „die Überzeugungskraft von Ideen, um Werte, Menschenrechte, internationales Recht und die Schaffung entsprechender Institutionen und Regimes.“ (Ebda, 20) Diese Denkrichtung habe die Friedenspädagogik, aber auch „die Fachkultur der

Politischen Bildung“ (ebda) geprägt. Sie sei aber durch den Ukraine-Krieg erschüttert und diskreditiert.

„Die Ideale des normativen Institutionalismus [...] mussten einer Machtordnung weichen, die militärische, ökonomische, technologische und propagandistische anstelle normativer und argumentativer Mittel einsetzt.“ (Ebda) Er plädiert daher für eine Orientierung am *außenpolitischen Realismus*. „Der außenpolitische Realismus ist moralisch indifferent, mit Ausnahme des Ziels der Friedenssicherung.“ (Ebda)

Zugleich gesteht Sander zu, dass es nicht darum gehen könne, „in der Politischen Bildung eine Sichtweise auf internationale Politik umstandslos durch eine andere zu ersetzen. Aber es geht um Öffnung des Blicks und Erweiterung der Perspektiven bei der Auseinandersetzung mit internationaler Politik und friedenspolitischen Fragen. Politische Bildung muss hierbei unterschiedliche Denkansätze aus der Wissenschaft vorstellen und den Umgang mit ihnen üben.“ (Ebda, 21)

Die Position von Wolfgang Sander ist aus friedenspädagogischer Sicht zweifelsohne problematisch, doch hält er zumindest an einem Pluralismus in der Vermittlung Politischer Bildung fest.

3. Friedensbildung für eine „wehrhafte Demokratie“?

In eine ähnliche Kerbe, aber mit ungleich größerer Verve, schlägt Hermann Josef Abs in seinem Artikel *Der Krieg in der Ukraine als neuer Horizont für politische Bildung und Demokratiepädagogik*. Auch er geht davon aus, dass der russische Angriffskrieg eine völlig neue Situation geschaffen habe, in der bisherige Haltungen und Konzepte ihre Gültigkeit verloren hätten. Es folgt eine starke Ansage: Dieser Kriege rücke „die Fragen nach der Unterstützung für ein staatliches militärisches Engagement und nach der individuellen Beteiligung als Soldat:in ins Zentrum der politischen Optionen für mündige Bürger:innen.“ (Abs 2023, 168). Politische Bildung müsse diese Neuorientierung unterstützen.

Als Hindernis dafür macht Abs eine „ablehnende Perspektive auf alles Militärische wie auch auf Rüstungsproduktion und -exporte und im Gegenzug die Förderung pazifistischer Haltungen“ in der Politischen Bildung aus (ebda). Diese sei historisch verständlich, da der Blick dabei immer auf den Angriffskrieg des nationalsozialistischen Staates gerichtet war. Von daher auch die Prämisse, „dass ausschließlich unter dem Primat des Friedens Gerechtigkeit und Freiheit zu erreichen seien. In diesem Sinne soll die Identität von Jugendlichen als Friedensstifter:innen gefördert werden. [...] Militär und Rüstung sind hingegen Gegenstände, die ausschließlich der Kritik ausgesetzt werden [...]. So soll die Pädagogik zu einer ‚Kultur des Friedens‘ [...] beitragen.“ (Ebda, 370) Hier bestehe eine Übereinstimmung zwischen gesellschaftlicher Grundhaltung und Friedenspädagogik: „Die friedenspädagogische Zielperspektive auf eine ‚konstruktive und gewaltfreie Konfliktaustragung‘ (Frieders-Reermann 2017: 94) gilt somit in Deutschland weitgehend als soziale Norm. Wenn diese Norm aufgrund von fundamentalen Wertedifferenzen oder unverrückbaren Interessen nicht erreicht werden kann, konstituiert dies aus friedenspädagogischer Perspektive ein Scheitern [...]. Die Tätigkeit als Soldat:in basiert also auf dem Scheitern der friedenspädagogischen Zielperspektive. Deshalb ist es für die Friedenspädagogik schwierig, Soldat:innen positiv in ihre Konzeption zu integrieren,“ bedauert Abs. (Ebda, 371)

Mit dieser pädagogischen Orientierung müsse nun aber angesichts des russischen Angriffs Schluss sein, fordert Abs. Denn „Politische Bildung und Demokratiepädagogik scheinen auf Friedenszeiten in Europa ausgelegt zu sein. Sie funktionieren, indem kriegerische Auseinandersetzungen nachbereitet und für die Zukunft gewaltfreie Konfliktlösungen eingefordert werden. Aber für Kontexte, in denen es einer Partei nicht mehr rational erscheint, eine gewaltfreie Konfliktlösung anzustreben, hält diese Pädagogik weniger Angebote bereit.“ (Ebda, 374)

Abs gibt sich umsichtig, er spricht davon, dass es darum gehe, bisherige pädagogische Einseitigkeiten (Kritik am Militarismus) aufzuheben und arbeitet mit Anspielungen. So deutet er etwa an, dass der *Beutelsbacher Konsens* der Politischen Bildung (eine Schutzbestimmung für die Lernenden, die ein Überwältigungsverbot, das Gebot der Kontroversität und die Interessenanalyse aus Schülerperspektive vorsieht) heute keine volle Gültigkeit mehr habe, ohne dies direkt auszusprechen. Denn die Grundannahme sei gewesen, „dass sich die Konfliktparteien als Träger:innen gleicher Rechte anerkennen und den Wunsch teilen, einen Weg in eine geteilte Zukunft zu finden. Die Prinzipien des Beutelsbacher Konsens basieren darauf, dass sich die Interessen der Schüler:innen rational verallgemeinern lassen und nicht aus Wertsetzungen ableiten, die für einzelne (Schüler:innen-)Gruppen exklusiv beansprucht werden können. [...] Die Prinzipien basieren auf dem Grundsatz bzw. der Annahme, dass die freiheitlich demokratische Grundordnung nicht kontrovers ist und nicht aufgrund der Interessen einer (Schüler:innen-)Gruppe außer Kraft gesetzt werden kann.“ (Ebda, 372)

Schließlich formuliert er nochmals seinen Grundgedanken sehr klar, und dieser fällt deutlich radikaler als der von Wolfgang Sander aus: „Deshalb gilt es, das Konzept einer Pädagogik der wehrhaften Demokratie unter Einschluss der militärischen Verteidigung in den nächsten Jahren neu zu erarbeiten. Es steht zunächst an, für die verschiedenen Zielgruppen einer solchen Pädagogik die Ziele und Inhalte u. a. aus der Tradition der Friedenspädagogik zu analysieren und daraufhin zu befragen, inwiefern sie eine (militärische) Verteidigung der Demokratie als staatlicher Regierungsform in Deutschland unterstützen. Sodann geht es darum, ergänzende Inhalte zu bestimmen.“ (Ebda, 377)

Angesichts des „Vernichtungskriegs“ könne man sich diesem Krieg gegenüber pädagogisch nicht mehr genauso positionieren „wie gegenüber einem Interessenkonflikt, in dem sich die Konfliktparteien grundlegend gleiche Rechte zugestehen und den Konflikt aushandeln könn(t)en. Letzteres ist eine Grundannahme, die unsere Analyse- und Handlungsfähigkeit als politische Bildner:innen und Demokratiepädagog:innen in Zeiten des Krieges einschränkt.“ (Ebda, 372)

Daraus ergebe sich, so Abs, die „Verpflichtung zur Thematisierung von Schutz und Verteidigung für die politische Bildung und Demokratiepädagogik“ (ebda 373). Konkret: „Auf der kognitiven Ebene geht es zunächst darum, die politischen Entscheidungen zum Krieg und zur Verteidigung nachzuvollziehen und in einen Rechtsrahmen einzuordnen.“ (Ebda, 376) Er verpflichtet die Lehrkräfte auf die Propagierung der UN-Charta, die das Recht auf militärische Verteidigung im Angriffsfall festhält (UN-Charta Art. 51). „Dies gehört auch dann zu den Aufgaben von Lehrkräften, wenn sie als Privatpersonen Pazifist:innen sein mögen.“ (Ebda) Dass im gleichen Artikel 51 auch die Pflicht zur Bemühung um friedliche Streitbeilegung festgeschrieben ist, erwähnt Abs nicht. Vielmehr betont er: „Politische Bildner:innen verfehlen ihre Aufgabe, wenn sie die Differenzierung zwischen Angriff und Verteidigung aus der UN-Charta nicht nutzen und mit einem Verweis auf das Primat gewaltfreier Konfliktaushandlung,

Aggressor:innen und Angegriffene auf eine Stufe stellen, wodurch sie letztlich den rechtlichen und moralischen Standpunkt der Verteidiger:innen schwächen würden.“ (Ebda)

„In diesem Sinne sollte politische Bildung mit ihren Adressat:innen reflektieren, dass der Wunsch, mit dem imperialen Angreifer einen Kompromiss zu finden, einen historischen Schatten mit sich führt, der die eigene deutsche imperialistische Vergangenheit in Osteuropa verdeckt.“ (Ebda, 377) Basierend auf diesem historischen Argument „lässt sich gegenüber einer pazifistischen Haltung in Deutschland der Vorwurf formulieren, dass sie einem neuen Imperialismus Vorschub leistet und so gerade nicht dazu beiträgt, dass von Deutschland kein Krieg mehr ausgeht.“ (Ebda)

Daher „darf Schule das Bild der Soldat:innen nicht an einem einzigen Kontext festmachen, sondern muss auch Beispiele integrieren, in denen der Tod von Soldat:innen Dankbarkeit verdient. [...] Insofern können politische Bildung und Demokratiepädagogik nur dann als vollwertiger Beitrag zum Bestand wehrhafter Demokratien begriffen werden, wenn sie auch eine Pädagogik der militärischen Verteidigung einschließen.“ (Ebda)

4. Gerechter Krieg oder Überwindung des Kriegssystems?

Trotz gewisser Unterschiede besteht die gemeinsame Argumentationsfigur der beiden Aufsätze darin, den Pazifismus der Friedenserziehung – verstanden als Erziehung zur Überwindung von Krieg – zu relativieren und abzuwerten. Friedensbildung wird von beiden Autoren ausschließlich als Konsequenz des Lernens aus der Kriegspolitik des NS-Regimes verstanden. Das ermöglicht den Autoren, diesen Pazifismus auf der einen Seite historisch gutzuheißen und ihn zugleich als heute erledigt zu erklären und abzuservieren. Denn angesichts der *Zeitenwende*, die die „regelbasierte Weltordnung“ (die „Ideale des normativen Institutionalismus“ laut Sander) außer Kraft gesetzt habe, würden nun andere Gesetze in der politischen Welt gelten. Friedenserziehung sei aber nur für letztlich friedliche Verhältnisse und historische Dispute ausgelegt. Daher müsse nun eine neue Pädagogik entwickelt werden, die Sander den Übergang „von der Friedenserziehung zur friedenspolitischen Bildung“ nennt. Abs hat weniger terminologischen Ehrgeiz, aber er ist strikter in seiner Forderung, dass Friedenserziehung für die Unterstützung für ein staatliches militärisches Engagement funktionalisiert werden müsse, was auch in einer Aufwertung des Soldatentums zum Ausdruck kommen müsse.

Der Kern des Anliegens beider Autoren ist offenbar die Wiedereinführung der Doktrin des *gerechten Krieges* in die Politische Bildung, wobei Wolfgang Sander allerdings wesentlich vorsichtiger und zurückhaltender argumentiert. Es ist das Postulat, Politische Bildung müsse die bislang einseitig verfemte kriegerische Gewalt als politisches Mittel wieder rehabilitieren. Da es im Verteidigungsfall – wie man gerade angesichts des russischen Angriffs auf die Ukraine sehe – nur den Weg der kriegerischen Gegengewalt gebe, müsse man eben auch in der Bildung ein positives Bild des Soldatentums, des militärischen Engagements und von gerechtfertigten Kriegen zeichnen.

Die beiden Autoren arbeiten dabei mit einigen fragwürdigen Argumentationsfiguren, um ihre Position als plausibel hinzustellen. Zunächst zeichnen sie eine Karikatur dessen, was unter Friedensbildung zu verstehen ist, um dagegen umso leichter polemisieren zu können. Sie behaupten ferner, dass Friedensbildung bzw. die Suche nach Friedenslösungen überhaupt nur für Zeiten des Friedens ausgelegt und daher heute nicht mehr praktikabel sei, während man wohl mit mehr Recht argumentieren kann, dass Friedenslösungen gerade in Kriegszeiten

am dringendsten gebraucht werden. Schließlich tun sie so, als wären die westlichen Staaten in einer Situation aufgezwungener Kriegsvorbereitungen, zu denen es keine Alternativen gäbe – ungeachtet dessen, dass sie mit ihren Vorstößen selbst eine Militarisierung des Denkens und der Bildung vorantreiben. Und zudem sprechen sie gerne von der Notwendigkeit von mehr Pluralismus in der Politischen Bildung, während doch Hermann Abs indirekt die Außerkraftsetzung des Beutelsbacher Konsenses in Erwägung zieht. Nun zu ihren Argumenten im Detail.

Ist Friedenserziehung bloß die Verarbeitung des Aggressionskriegs Hitlers?

Die Darstellung der Friedenspädagogik als eine deutsche Sonderentwicklung, die die Erfahrungen mit dem NS-Regime in unzulässiger Weise verallgemeinert und enthistorisiert hat, ist historisch falsch. Friedenspädagogik, wie sie seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs weltweit von einer internationalen Strömung von Pädagog*innen verstanden wird, möchte tatsächlich nicht einfach ein friedliches Verhalten für friedliche Zeiten lehren, sondern versteht sich als Bestandteil eines fundamentalen kulturellen Wandels – von einer Kultur der Gewalt und des Krieges, in der wir immer noch leben, hin zu einer Kultur des Friedens. Dabei hat niemals der Gedanke dominiert, Erziehung, und vor allem schulische Erziehung, könne diesen Wandel alleine bewirken. Es geht vielmehr um die Einsicht, dass nur eine radikale gesellschaftliche Transformation letztlich auch den Frieden sichern könne. Friedenspädagogik möchte sich in diese Bemühungen einreihen, sich als Teil einer größeren Strategie verstehen, die die Doyenne der internationalen Friedenspädagogik, die US-amerikanische Pädagogin Betty A. Reardon einmal genannt hat „a strategy of change, designed for the achievement of peace and the pursuit of human fulfillment, in short, the antithesis of the present world order.“ (Reardon 2015, 73)

Ist heute der Zeitpunkt gekommen, sich von der Friedenserziehung zu verabschieden?

Dass die Friedenserziehung überholt sei, diese Ansicht vertritt vor allem Wolfgang Sander, wobei offensichtlich auch eine Menge Spiegelfechterei dabei ist. Er zeichnet ein sehr schräges Bild dessen, was unter Friedenspädagogik verstanden wird, um ihre Überholtheit zu beweisen. So wird die naive Vorstellung, Kriege ganz einfach „durch präventive Erziehung zum Frieden verhindern zu wollen“, gegen die Sander zu Felde zieht, wohl seit den 1950er Jahren kaum je vertreten (wie Sander übrigens selbst in einem Aufsatz von 2014 darlegt). Sehr wohl aber besteht ein weitgehender Konsens darin, dass Bildung zu einer Kultur des Friedens ein Bestandteil einer säkularen weltweiten Bemühung um die Überwindung von Krieg und seiner vollständigen Ächtung als Mittel der Politik sein muss. Und offenbar ist es genau diese Zielsetzung, kriegerische Gewalt als Mittel grundsätzlich abzulehnen und deswegen nach Wegen zu suchen, diesem Ziel näher zu kommen, an der Sander sich stößt. Denn sie steht einer heutigen Neudefinition von Friedensbildung, die den gerechten Krieg wieder aufleben lassen möchte, grundsätzlich im Wege. Sander möchte, obwohl er dies hier nicht so direkt ausspricht, in der „friedenspolitischen Bildung“ (die er an die Stelle der Friedenspädagogik setzen möchte) Krieg als Mittel, ‚Frieden zu schaffen‘ wieder rehabilitieren. Er sieht dabei darüber hinweg, dass der von ihm zitierte „moralisch indifferente“ außenpolitische Realismus mit dem „notwendigen Verteidigungskrieg“ inzwischen die bereits klassische heutige Legitimierung von Krieg liefert.

Sander bringt sein Anliegen als Aufgabe vor, die politische Urteilsfähigkeit der Lernenden zu fördern. Er hat zweifelsohne recht, wenn er damit vermeiden möchte, dass den

Lernenden ein Standpunkt, und sei es der des Pazifismus, aufgedrängt oder suggeriert wird. Zugleich entsteht der Verdacht, dass hier unter dem Deckmantel des Pluralismus ein Paradigmenwechsel eingefordert wird.

Dieser Verdacht ist umso plausibler, wenn man folgendes Faktum mit einbezieht: Was hier wie eine neue Einsicht aufgrund einer geänderten geopolitischen Situation klingt, ist tatsächlich die Fortsetzung einer langjährigen Polemik, die Wolfgang Sander gegen die Friedenspädagogik führt. Bereits in seinem Artikel *Friedenserziehung im Handbuch Politische Bildung* von 2007 stieß er sich an der Unbedingtheit, mit der die Friedenspädagogik den Krieg als „unzweckmäßig und unmoralisch“ (Sander 2007, 449) ablehne. Er warf der Friedenserziehung vor, die Augen vor den Notwendigkeiten des Einsatzes von Gewalt in internationalen Beziehungen, etwa bei „humanitären Interventionen“, zu verschließen, sprach sich allerdings zugleich für die Beibehaltung der „prinzipiellen Ächtung des Krieges“ (Sander 2007, 450) aus. Für Sander war damals schon „Friedenserziehung [...] sinnvoll nur als Teilaufgabe politischer Bildung, weil die Sicherung und Entwicklung des Friedens eine *politische* Aufgabe ist“ (Ebda, 451). Deswegen schien ihm auch der Sinn eines friedenspädagogischen Curriculums „fraglich“ (Ebda, 453), da sich ohnehin „Zugänge und thematische Schwerpunkte [...] aus Anlässen aktueller Politik ergeben“ (ebda). (Vgl. zur Kritik daran Wintersteiner 2008)

Friedenserziehung nur für Friedenszeiten?

Gerade jetzt, wo der russisch-ukrainische Krieg und mit dem Gaza-Krieg ein weiterer Krieg im europäischen Nahbereich tobt, behauptet Hermann Abs, dass die „Unterstützung für ein staatliches militärisches Engagement und nach der individuellen Beteiligung als Soldat:in ins Zentrum der politischen Optionen für mündige Bürger:innen“ (Abs 2023, 168) gerückt sei. Deshalb müsse aus der Friedenserziehung eine Art Politischer Bildung für eine wehrhafte Demokratie werden. Doch man sollte im Gegenteil doch meinen, dass gerade die Zuspitzung internationaler Spannungen, die Tatsache von langwierigen Kriegen und die zunehmende Gefahr ihrer Eskalation Friedensbemühungen zu einer Priorität machen. Stattdessen finden wir nun eine Diskreditierung einer Friedenskultur selbst in akademischen Kreisen und im Bildungswesen.

Hier prallen offensichtlich zwei Welten aufeinander: Auf der einen Seite befinden sich diejenigen, die die Popularität des *Zeitenwende*-Arguments dazu nützen, einen „gesinnungsethischen Verteidigungsbellizismus“ (Nielebock 2023) zu propagieren und bildungspolitisch durchzusetzen. Auf der anderen Seite steht das langjährige Anliegen der Friedenspädagogik, gerade aufgrund der Tatsache, dass in der Welt Unfrieden und eine Kultur der Gewalt vorherrschen, einen Beitrag zur Überwindung dieses Zustandes zu leisten. Um nochmals Betty Reardon zu zitieren:

The general purpose of peace education is to promote the development of an authentic planetary consciousness that will enable us to function as global citizens and to transform the present human condition by changing social structures and patterns of thought that have created it. (Reardon 2021, xxviii)

Friedenspädagogik rechnet also sehr wohl mit der Tatsache, dass die Welt unfriedlich ist, ist aber nicht bereit, sich deswegen der vorherrschenden Logik der Gewalt zu beugen, sondern arbeitet ihr entgegen. „Educating for Peace in a Time of ‘Permanent War’“ (Carr/Porfilio 2012) versteht sich als Beitrag zu einer alternativen Politik, die die bestehenden Rechtfertigungen für

Krieg delegitimiert: “Central to a critical politics of peace is a radical moral imperative—the transformation of contemporary structures of inequality and social exclusions that rationalize war through a contradictory rhetoric that embraces militarism as essential to peace.” (Darder 2012, xvii). Dabei geht es auch darum, welche Rolle Bildung und das Bildungssystem bei der Herausbildung einer Gewaltkultur bzw. ihrer Überwindung spielen. Eine so verstandene Friedenspädagogik ist keine Idiosynkratie einiger Außenseiterinnen oder Tagträumer, sondern sie beruht auf dem einmal erreichten internationalen Konsens, wie er in zahlreichen Dokumenten und Beschlüssen der UNO und UNESCO festgeschrieben wurde. Jetzt diese Aufgabe „to transform the present human condition” (Reardon) infrage zu stellen, bedeutet letztlich, sich hinter den erreichten zivilisatorischen Stand zurückfallen zu lassen.

Doch auf diese zentrale Aufgabe der Friedenspädagogik, ihre *raison d’être*, lassen sich beide Autoren nicht ein, sondern sie erklären sie für obsolet. Indem sie meinen, alle Pädagogik der *Zeitenwende* unterordnen zu müssen, verfehlen sie aber die Aufgabe der Politischen Bildung als kritische Reflexionsinstanz, die angesichts von schweren Konflikten und Kriegen umso wichtiger wird. Thomas Nielebock hat so formuliert:

Gerade in Zeiten eines Krieges, an dem sich die eigene Gesellschaft – wenn auch indirekt – beteiligt, ist es wichtig in Form einer diskursiven Intervention die moralische Legitimation von Gewalt sowie die beanspruchte eigene moralische Überlegenheit auf den Prüfstand zu stellen. Darüber hinaus ist aufzudecken, wie gerade in Kriegszeiten das staatszentrierte Narrativ des ‚Gut gegen Böse‘, ‚Fortschritt gegen Rückschritt‘, ‚Moderne gegen Barbarei‘ eigene Unzulänglichkeiten verdeckt und die Unterschiede, die in einer Gesellschaft hinsichtlich dieser existentiellen Frage von Krieg oder Nicht-Krieg bestehen, überdeckt. (Nielebock 2023)

5. Auf dem Weg zum „permanenten Vorkrieg“?

Es ist nicht unwichtig, diese neuen Vorstöße in einem größeren Kontext zu sehen. Denn ein Blick auf die internationale Bildungslandschaft und auf die Geschichte der Friedenspädagogik zeigt, dass die Militarisierung von Bildung und ihre Funktionalisierung für eine Kriegskultur immer schon in vielen Ländern ein bestimmendes Thema war oder ist. Eine Publikation von Carr/Porfilio (2012) hat dazu zahlreiche Beispiele aus aller Welt zusammengetragen. In Italien gibt es, wie das *Osservatorio contro la militarizzazione delle scuole e delle università*² und kritische Pädagog*innen nachgewiesen haben, eine beunruhigend enge Kooperation zwischen Schulen und Militär (Mazzeo 2023). In diesem Lichte erscheinen auch die österreichischen Verbindungen von Bundesheer und Schule als weniger harmlos, als sie medial dargestellt wurden. Bildungsminister Martin Polaschek und Verteidigungsministerin Klaudia Tanner haben sich 2023 auf das Programm verständigt: „Bundesheer will ‚umfassende Landesverteidigung‘ in Schulen etablieren.“³ Dazu werden Offiziere in die Schulbuchkommission eingebunden und Milizsoldat*innen als Lösung für das Problem des Lehrkräftemangels angeboten. (Vgl. Wintersteiner 2023) Fast hat es den Anschein, als wären wir bereits auf dem Weg in einen permanenten Vorkrieg, in den auch der Bildungsbereich hineingezogen werden soll.

Die Friedenspädagogik hatte ja noch nie einen leichten Stand, sie wurde in den meisten Ländern immer (und nicht zu Unrecht) als Instanz gesehen, die das bestehende

² Das *osservatorio* hat sich das Monitoring von und die Kritik an Militarisierungstendenzen in Schulen und Universitäten zur Aufgabe gestellt (<https://osservatorionomilsuola.com/info/>).

³ https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20220807_OT0003/tannerpolaschek-umfassende-landesverteidigung-essentiell-fuer-ganzheitliche-sicherheit-bild

Gesellschaftssystem und die internationale Weltordnung radikal infrage stellt, und sie wurde deswegen nur selten und nur teilweise in die formalen Bildungssysteme integriert. Heute ist allerdings eine Situation eingetreten, in der nur eine grundlegende gesellschaftliche Transformation unser Überleben als Gattung sicherstellen kann. Der Bildung und gerade auch der friedenspolitischen Bildung kommt dabei eine zentrale Rolle zu. Und so müssen sich ihre Kritiker*innen den kritischen Fragen stellen, die die Herausgeber des Buches *Educating for Peace in a Time of 'Permanent War'* so formulieren:

Kann eine Gesellschaft überhaupt gebildet sein, die es vorsätzlich vermeidet, den Frieden als ihr zentrales Ziel zu betrachten? Kann eine Demokratie existieren, wenn die zentralen Begriffe von Krieg und Frieden nicht verstanden, praktiziert, befürwortet und in der öffentlichen Debatte verankert werden? (Carr/Porfilio 2012, 2, eigene Übersetzung)

Literatur

- Abs, Hermann Josef (2023): Der Krieg in der Ukraine als neuer Horizont für politische Bildung und Demokratiepädagogik. Bundeszentrale Politische Bildung: Deutschland Archiv. 27.07.2023. <https://www.bpb.de/themen/deutschlandarchiv/523503/der-krieg-in-der-ukraine-als-neuer-horizont-fuer-politische-bildung-und-demokratiepaedagogik/> (6.1. 2024) sowie in: A. Heinemann, Y. Karakaşoğlu, T. Linnemann, N. Rose, T. Sturm (Hg.): ENT | GRENZ | UNGEN. Beiträge zum 28. Kongress der Deutschen Gesellschaft für Erziehungswissenschaft (DGfE), Opladen/Berlin/Toronto: Barbara Budrich 2023, 367-380.
- Bréville, Benoît/Rimbert, Pierre: Un journal non aligné. In: Le Monde Diplomatique, novembre 2023, 1, 20, 21.
- Carr, Paul R./Porfilio Brad J. (eds.) (2013): Educating for Peace in a Time of “Permanent War”. Are Schools Part of the Solution or the Problem? New York/London: Routledge.
- Charim, Isolde (2023): Im Sog der Einseitigkeiten. In: Falter 49, 9.
- Darder, Antonia (2012): Preface: In Search of Peace in a Culture of War. In: Carr, Paul R./Porfilio Brad J. (eds.) (2012): Educating for Peace in a Time of “Permanent War”. Are Schools Part of the Solution or the Problem? New York/London: Routledge, xv-xxi.
- Forum Politische Bildung (Hg.) (2023): Wi(e)der den Krieg. Wien: Demokratiezentrum. <https://www.politischebildung.com/informationen-zur-politischen-bildung/wider-den-krieg/>
- Klein, Naomi (2024): Naomi Klein im Interview: „Die deutsche Erinnerungskultur hat eine eingefrorene Qualität“. Frankfurter Rundschau, 5.1.2024.
- Lucivero, Michele/Perrona, Lorenzo (a cura di) (2023): La scuola laboratorio di pace. Volume II: militarismi e narrazioni belliciste. Roma: aracne.
- Mazzeo, Antonio (2023): Scuola e ricerca. La retorica della pace e la presenza dei militari. In: Lucivero, Michele/Perrona, Lorenzo (a cura di): La scuola laboratorio di pace. Volume II: militarismi e narrazioni belliciste. Roma: aracne, 97-112.
- Nielebock, Thomas (2023): Bleibt nur Gegengewalt? Gesinnungsethischer Verteidigungs-bellizismus als Herausforderung für die politische Bildung. Deutschland Archiv 13.10.2023. <https://www.bpb.de/themen/deutschlandarchiv/541571/bleibt-nur-gegengewalt/>
- Reardon, Betty A. (2015 [1978]). The knowledge industry. In B. A. Reardon & D. T. Snauwaert (Eds.), Betty A. Reardon: A pioneer in education for peace and human rights. Cham: Springer, 71-80.
- Reardon, Betty A. (2021 [1988]): Comprehensive Peace Education. Educating for Global Responsibility. Tucson: Peace Knowledge Press.
- Sander, Wolfgang (2007): Friedenserziehung. In: Wolfgang Sander (Hg.): Handbuch politische Bildung. Bonn: Bundeszentrale Politische Bildung, 442–455.
- Sander, Wolfgang (2014): Friedenserziehung. In: Wolfgang Sander (Hg.): Handbuch politische Bildung. Bonn: Bundeszentrale Politische Bildung, 383–391.
- Sander, Wolfgang (2023): (Nie) wieder Krieg? Fragen an die Politische Bildung. In: Forum Politische Bildung (Hg.) (2023): Wi(e)der den Krieg. Informationen zur Politischen Bildung Nr. 51, Wien: Demokratiezentrum, 18-22.
- Schuster, Georg (2022): Schule der Nation: Friedenspädagogik trifft „Zeitenwende“. Telepolis, 7. Dezember 2022. <https://www.telepolis.de/features/Schule-der-Nation-Friedenspaedagogik-trifft-Zeitenwende-7368418.html?seite=all>

Wintersteiner, Werner (2008): „Ändere die Welt, sie braucht es!“ – Friedenserziehung und politische Bildung. In: Cornelia Klepp/Daniela Rippitsch (Hg.): 25 Jahre Universitätslehrgang Politische Bildung in Österreich. Wien: Facultas, 360-370.

Wintersteiner, Werner (2023): Wann, wenn nicht jetzt? Friedensbildung – eine grundlegende und hochaktuelle pädagogische Aufgabe. In: Spinnrad. Forum für aktive Gewaltfreiheit. Nr. 3, September, 4-5.